



CDU

BÜRGERPROGRAMM



**FÜR EIN STARKES
CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF**

2016 - 2021

VORWORT



mit der digitalen „Bürger-App“ der Berliner CDU auf den Straßen und an Haustüren unterwegs, um mit Ihnen über die wichtigsten Themen für die anstehenden fünf Jahre zu sprechen. Auch unsere Mitglieder haben sich intensiv in die Diskussion eingebracht. Heraus gekommen ist eine ambitionierte politische Agenda für die Jahre 2016 bis 2021.

Mit diesem Bürgerprogramm werbe ich als Ihr Kandidat für das Amt des Bezirksbürgermeisters um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme für die CDU. Seit die CDU in Berlin Regierungsverantwortung trägt, hat sich vieles zum Besseren gewendet. Erstmals seit Jahrzehnten macht die Stadt beispielsweise keine neuen Schulden – sie baut im Gegenteil Schulden ab und investiert gleichzeitig massiv in die Infrastruktur einer wachsenden Stadt.

Damit diese Erfolge auch bei uns im Bezirk ankommen, braucht es in unserem Rathaus den Wechsel. Während die CDU auf Landesebene das Ruder herumreißen konnte, haben sich nämlich die Probleme im rot-grün regierten

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

in Ihren Händen halten Sie das Bürgerprogramm der CDU für ein starkes Charlottenburg-Wilmersdorf.

Noch nie ging einem kommunalen Wahlprogramm ein so intensiver Programmdialog voraus wie in diesem Jahr. Unsere Teams waren ausgestattet

Charlottenburg-Wilmersdorf weiter verschärft. Die Wohnungspolitik ohne Konzept, der Bezirkshaushalt in Schieflage, dringend nötige Investitionen vertagt. Das muss sich ändern.

Unser Bürgerprogramm bietet viel – aber sicherlich nicht auf jede Frage eine Antwort. Darum lade ich Sie herzlich ein: Kommen Sie auf mich zu, besuchen Sie eine unserer zahlreichen Veranstaltungen in den kommenden Wochen, schreiben Sie mir oder rufen Sie mich an zu den Themen, zu denen Sie eine Aussage vermissen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich auf Ihre Reaktionen.

Mit herzlichem Gruß

Carsten Engelmann
Bezirksbürgermeisterkandidat

INHALT

Sicherheit und Ordnung	4 - 10
Bildung	11 - 14
Wirtschaft und Arbeit	15 - 21
Soziales und Gesundheit	22 - 26
Bürgerschaftliches Engagement	27 - 29
Familie und Jugend	30 - 33
Integration	34 - 35
Stadtentwicklung	36 - 42
Mobilität	43 - 47
Umwelt	48 - 51
Starker Bezirk mit zukunftsfähiger Verwaltung	52 - 56
Kultur	57 - 61
Sport	62 - 67

SICHERHEIT UND ORDNUNG

Charlottenburg-Wilmersdorf ist unsere Heimat. Hier leben wir gern, hier fühlen wir uns wohl. Wir verschließen unsere Augen aber nicht vor den vielfältigen Problemen eines Großstadtbezirks. Die CDU steht seit Jahrzehnten konsequent für ein Miteinander nach klaren Regeln ein, an die sich alle zu halten haben. Daran werden wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Bezirk weiter arbeiten. Wir wenden uns gegen jede Form von Gewalt und werden politischen und religiösen Extremismus auch in Zukunft entschieden bekämpfen. Wir setzen darauf, unsere Sicherheitsbehörden zu stärken und eine Verwahrlosung des öffentlichen Raums zu verhindern.

POLIZEIPRÄSENZ ERHÖHEN

Die von der CDU auf Landesebene durchgesetzten zusätzlichen 1000 Stellen für Polizeibeamte ermöglichen uns, die Präsenz der Polizei auf der Straße deutlich zu erhöhen. Den Streifendienst wollen wir weiter personell verstärkt sehen. Dadurch wird sich die Sicherheitslage im Bezirk verbessern und das Sicherheitsempfinden der Menschen gestärkt. Gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt können ebenfalls einen präventiven Beitrag zu mehr Ordnung und Sicherheit leisten.

ZUSCHNITT DER POLIZEIABSCHNITTE ÜBERPRÜFEN

Das Bevölkerungswachstum im Bezirk stellt auch die Sicherheitsbehörden vor erhebliche Herausforderungen. Es hat sich gezeigt, dass der bestehende Zuschnitt der Polizeiabschnitte im Bezirk teilweise zu langen Anfahrtswegen für die Beamten zum Einsatzort führt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, den Zuschnitt und die Größe der Abschnitte zu überprüfen und bedarfsgerecht anzupassen.

SICHERHEIT UND ORDNUNG

KAMPF GEGEN ORGANISIERTE KRIMINALITÄT VERSTÄRKEN

Auch der Bezirk hat Möglichkeiten, den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität beispielsweise im Umfeld von Einzelhandel und Gastronomie zu unterstützen. „Geldwaschanlagen“ sind in Charlottenburg-Wilmersdorf nicht willkommen. Durch eine Verstärkung der Kooperation von Gewerbeaufsicht, Polizei und Steuerfahndung wollen wir die Schlagkraft der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen das organisierte Verbrechen erhöhen. Davon werden auch die Geschäftsstraßen im Bezirk profitieren. Auch die meisten Wohnungseinbrüche werden von Banden aus der Organisierten Kriminalität heraus betrieben. Auch deshalb unterstützen wir alle aus Sicht der Polizei erforderlichen Maßnahmen, um solche Strukturen zu zerschlagen.

VIDEOÜBERWACHUNG IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheitslage auf ausgewählten Straßen und Plätzen des Bezirks auch durch den Einsatz moderner Videoüberwachungstechnik zu erhöhen. Smarte Software-Lösungen bieten schon heute die Möglichkeit, Gefahrensituationen automatisch zu identifizieren und Sicherheitsbehörden zu sensibilisieren. Damit kann neben einer ausreichenden Polizeipräsenz die Sicherheit im öffentlichen Raum zusätzlich erhöht werden. Wir wollen ein entsprechendes Pilotprojekt in Charlottenburg-Wilmersdorf. Um dafür geeignete Orte auszuwählen, ist auf Grundlage der Kriminalitätsstatistik in Zusammenarbeit mit der Polizei-Direktion 2 ein Sicherheitsbericht für den Bezirk zu erstellen.

SICHERHEITS- PARTNERSCHAFTEN SCHAFFEN

Im Bezirk wird seit 1996 in Charlottenburg-Nord mit der sogenannten AG Nord das Konzept sogenannter Sicherheitspartnerschaften im Bereich der Drogen- und Gewaltprävention praktiziert. Dieses Beispiel wollen wir heranziehen, um das bürgerschaftliche Engagement und die ehrenamtliche Beteiligung bei der Inneren Sicherheit unter Einbeziehung der vorhandenen Gesprächsstrukturen zwischen Polizei und Bezirksamt zu stärken und zu erweitern. Der Ausbau der Bürgerbeteiligung sollte hier im Vordergrund stehen.

DROGENHANDEL UND –KONSUM IM ÖFFENTLICHEN RAUM BEKÄMPFEN

Drogenhandel ist nicht irgendein Verbrechen, es zerstört Menschen und Kieze. Wir stehen hinter der von Frank Henkel eingeführten Null-Toleranz-Strategie gegen Drogenhandel und –konsum im öffentlichen Raum und streben an, die Zahl der Schwerpunkteinsätze der Polizei in den Problembereichen unseres Bezirks nachhaltig zu erhöhen und ein klares Signal gegen jede falsch verstandene Toleranz des Missbrauchs von Drogen zu setzen. Vor allem die Drogenkriminalität entlang der U-Bahn-Linie 7 gibt weiter großen Anlass zur Sorge. Wir halten eine besondere polizeiliche Einheit auf Direktionsebene für sinnvoll, um den Drogenhandel wirksam zu bekämpfen. Die Plätze rund um die U7 sind noch stärker in die polizeiliche Strategie einzubeziehen.

RASER STOPPEN

Nicht nur der Kurfürstendamm hat unter illegalen Autorennen und sogenannten „Profilierungsfahrten“ von PS-Protzen zu leiden. Nach den Erfolgen der Polizei bei den verstärkten Kontrollen fordern wir, diese Strategie auch auf andere Straßen des Bezirks zu übertragen, die mit verantwortungslosen Rasern zu kämpfen haben.

VERKEHRSGEFÄHR- DUNG DURCH ILLEGALES PARKEN

Das illegale Parken auf Radwegen, Gehwegen, in Kreuzungsbereichen, in zweiter Reihe oder in Ladezonen führt nicht nur zu Behinderungen, sondern in vielen Fällen auch zu Gefährdungen anderer Verkehrsteilnehmer. Wir fordern deshalb, die Maßnahmen gegen Falschparker vor allem auf solche zu konzentrieren, die den Verkehr behindern.

SICHERHEIT IM NAHVERKEHR VERBESSERN

Um die Sicherheitslage auf U- und S-Bahnhöfen zu verbessern, fordern wir von den Verkehrsbetrieben und der Deutschen Bahn, dort ergänzend zur Videobeobachtung wieder Personal einzuführen. Wir unterstützen außerdem die Forderung der Berliner CDU, die Speicherfristen für Videoaufzeichnungen weiter zu verlängern, um die Möglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden zur Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern.

PRÄVENTION DURCH STÄDTEBAULICHE MASSNAHMEN

Bei der Neu- und Umgestaltung beispielsweise von Plätzen, Parks oder Straßen im Bezirk setzen wir auf solche Konzepte, welche die Übersichtlichkeit im öffentlichen Raum erhöhen und damit dazu beitragen, Kriminalität und Angsträumen vorzubeugen.

DRECKECKEN BESEITIGEN

Die Erfahrung zeigt, dass Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Aus diesem Grund muss der Bezirk effizienter werden bei der zügigen Beseitigung von Dreckecken, wann und wo immer sie entstehen. Es ist ein Skandal, dass es zu der Rattenplage auf dem Olivaer Platz und dem Lietzenseepark gekommen ist. Die öffentlichen Grünflächen und Plätze sowie Straßen sind durch die zuständigen Ordnungsbehörden zu überwachen. Illegale Müllentsorgung und Verschmutzungen des Öffentlichen Raums sind konsequent zu ahnden, die Bußgelder sollten steigen. Wir stehen für „Null Toleranz“ gegenüber illegalen Graffiti. Der bezirkliche Online-Mängelmelder ist weiterzuentwickeln.

PREUSSENPAK

Seitdem Rot-Grün die politische Mehrheit im Bezirk stellt, hat sich im Preußenpark eine wohl einzigartige Szene des illegalen Lebensmittelhandels und Glücksspiels entwickelt. Der Park steht Erholungssuchenden im Sommer faktisch nicht mehr zur Verfügung. Wir fordern vom Bezirk, gemeinsam mit der Polizei die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, den Preußenpark endlich wieder allen Menschen als Naherholungsort im Sinne der Parkordnung zugänglich zu machen. Der heute im Preußenpark aktiven Thai-Community sind Wege aufzuzeigen, ihren Geschäften auf legalem Wege an zulässigen Orten nachzugehen.

NEUES IMAGE FÜR DAS ORDNUNGSAMT

Wir wollen das Image des Ordnungsamtes verändern: Weg vom reinen Knöllchenschreiben, hin zum Dienstleister der Bürgerinnen und Bürger für Sauberkeit und Ordnung. In diesem Zusammenhang streben wir an, das bestehende Zuständigkeitschaos zu beenden und die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vereinheitlichen. Wir begrüßen die entsprechenden Bestrebungen der Berliner CDU.

MITARBEITER DER VERWALTUNG SCHÜTZEN

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirksverwaltung sind häufig Übergriffen ausgesetzt. Polizei und Feuerwehr im Bezirk, die Ordnungsbehörden und die bezirklichen Rettungsdienste sind deshalb in ein entsprechendes Präventions- und Maßnahmenprogramm aufzunehmen. Die landesweite Respekt-Kampagne ist auf bezirklicher Ebene, damit ortsnah, zu ergänzen. Die Finanzierung des Programms aus Landesmitteln ist zu gewährleisten.

FEUERWACHEN

Die fünf Feuerwachen im Bezirk nehmen wichtige Aufgaben wahr. Wir sehen allerdings Verbesserungsmöglichkeiten bei der Notfallrettung und dem Notfalltransport und plädieren für einen eigenen Abschnitt für die Feuerwehr im Bezirk.

BILDUNG

Bis zum Beginn der auslaufenden Legislaturperiode hat die Schullandschaft des Bezirks gewaltige Umbrüche hinnehmen müssen, geschuldet den am „Grünen Tisch“ entwickelten schulpolitischen Vorgaben der rot-roten Landesregierung und einer allzu willfährigen rot-grünen Bezirksmehrheit.

Mit dem Eintritt der CDU in die Landesregierung ist der sogenannte „Schulfrieden“ vereinbart worden, von dem auch die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in unserem Bezirk erheblich profitiert haben. Wir leiten unsere bildungspolitischen Vorstellungen nicht aus einer ideologischen Haltung oder Modernisierungssucht ab, für uns stehen die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie die Wünsche der Eltern an erster Stelle. Die in den vergangenen Jahren begonnene Konsolidierung der oft verunsicherten, vielerorts in verschiedenen Entwicklungsstadien schwebenden Schulen, muss unbedingt fortgeführt werden.

SCHULNEUBAU FÜR EINEN WACHSENDEN BEZIRK

Das Bevölkerungswachstum Berlins stellt auch unsere Schulen vor große Herausforderungen. Um ausreichende Kapazitäten für steigende Schülerzahlen zu schaffen, sind zeitnah Aus- und Neubaumöglichkeiten im Bezirk zu identifizieren, mit dem Land abzustimmen und schnellstmöglich zu realisieren. Bei großen Wohnungsbauvorhaben ist sicherzustellen, dass der damit einhergehende Bedarf an Schulplätzen bei allen Planungen berücksichtigt wird.

SCHUL- SANIERUNGEN VORANBRINGEN

Investitionen in die bauliche Substanz unserer Schulen sind Investitionen in die Zukunft unserer Schülerinnen und Schüler. Für Charlottenburg-Wilmersdorf wurde ein Sanierungsbedarf in Höhe von rund 400 Millionen Euro ermittelt. Wir begrüßen daher die Strategie der Berliner CDU zur Beschleunigung und Finanzierung von Schulsanierungen und wollen sie auch in Charlottenburg-Wilmersdorf konsequent umsetzen.

STÄRKUNG DER BEZIRKLICHEN GYMNASIEN

Gymnasien bleiben für uns ein unverzichtbarer Bestandteil einer starken bezirklichen Schullandschaft. Die Nachfrage nach Gymnasialplätzen ist unverändert hoch. Wir fordern deshalb den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Gymnasien im Bezirk. Das gilt insbesondere auch für grundständige Gymnasien. Eine ausreichende Personalausstattung ist sicherzustellen. Strukturelle Benachteiligungen bei Investitionen und Personal sind zu beseitigen.

STÄRKUNG DER EUROPASCHULEN

Die Staatlichen Europaschulen Berlins bereichern die schulische Landschaft in unserem Bezirk. Wir fordern, die Anzahl der Plätze an den Europaschulen mindestens in der bisherigen Größenordnung zu erhalten. Eine Reduzierung zugunsten von Regelklassen lehnen wir ab. Nach wie vor leidet die Qualität allerdings unter der Abschaffung der zweisprachigen Vorklassen, die wir unverzüglich als besondere Unterrichtsform wieder einführen wollen.

SEKUNDARSCHULEN PROFILIEREN

Wir wollen verhindern, dass Sekundarschulen zu Restschulen werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Chance auf den ihren individuellen Fähigkeiten entsprechenden besten Schulabschluss bekommen.

VORKLASSEN WIEDEREINFÜHREN

Wir fordern die Wiedereinführung der Vorklassen an den Grundschulen. Diese Klassen sollen nach speziellen Rahmenplänen arbeiten und von Pädagoginnen und Pädagogen mit einer entsprechenden Zusatzausbildung geleitet werden. Wir begrüßen die entsprechenden Forderungen der Berliner CDU.

BESSERE IT-AUSSTATTUNG UNSERER SCHULEN

Die Schulen in Charlottenburg – Wilmersdorf sind in der Ausstattung mit Computern das Schlusslicht unter den Berliner Bezirken. Das muss sich ändern! Wir fordern eine bessere Ausstattung unserer Schulen mit zeitgemäßer IT, WLAN in den Schulen sowie eine bessere Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte in diesem Bereich und Fachkräfte für die Wartung der Anlagen.

GEFAHREN IM INTERNET WIRKSAM ENTGEGEN TRETEN

Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern müssen über die Gefahren im Internet und deren Vermeidung aufgeklärt werden. Die Aufklärung muss ein fester Bestandteil des Unterrichts und der Elternarbeit sein.

SICHERE SCHULWEGE

Die Sicherung von Schulwegen hat für uns Priorität, Verkehrsberuhigungen vor Schulen und Kitas sind konsequent zu kontrollieren und durch den Einsatz von Dialogdisplays zu unterstützen. Wir setzen uns mit Nachdruck für die Beschaffung weiterer Dialogdisplays im Bezirk ein.

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Die Wirtschaftspolitik nimmt für die CDU im Bezirk eine wichtige Rolle ein. Sie zählt zu den Politikfeldern, auf denen der Bezirk noch gestaltend Einfluss nehmen kann. Lediglich mit Haushaltsdisziplin allein wird man die Probleme des Bezirks und der Stadt nicht lösen können. Nur eine Stärkung der Wirtschaft wird letztlich nachhaltig dazu beitragen, gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen und zu erhalten. Es ist deshalb unser wesentliches Anliegen, verstärkt Unternehmen – vor allem kleine und mittelständische Betriebe – im Bezirk anzusiedeln.

SERVICE- ORIENTIERTE VERWALTUNG

Die Wirtschaftsförderung muss vor allem eine Servicestelle für Unternehmensansiedlungen im Bezirk sein und sollte nicht den repräsentativen Bedürfnissen des Bezirksbürgermeisters untergeordnet werden wie in den vergangenen fünf Jahren. Andere Verwaltungsbereiche wie die Bauverwaltung müssen die Servicequalität mit Blick auf Bedürfnisse der Wirtschaft ebenfalls verbessern. Dafür ist vor allem zusätzliches Personal erforderlich.

WIRTSCHAFTS- FÖRDERUNG NEU DENKEN

Wirtschaftsförderung und Gewerbeamt sollten sich nicht vor allem als Ordnungsbehörde verstehen, sondern als Servicebereich mit Lotsenfunktion für die Unternehmerinnen und Unternehmer im Bezirk.

Wir streben an, die Wirtschaftsförderung aus den Fluren des Rathauses herauszuholen und in die unmittelbare Nachbarschaft zu Gründerinnen und Gründern zu bringen. Ein gutes Vorbild hierfür ist die Wirtschaftsförderung des Bezirks Marzahn-Hellersdorf, die sich die Räumlichkeiten mit einem Gründerzentrum teilt. Durch eine solche Verlagerung der Wirtschaftsförderung unterstützen wir ein tieferes Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und die unternehmerische Wirklichkeit bei der zuständigen Verwaltung.

FÖRDER- MÖGLICHKEITEN FÜR UNTERNEHMEN UND VERWALTUNG NUTZEN

Die unterschiedlichen Förderkulissen der EU, der Bundesregierung und des Landes, aber auch privater Träger und Stiftungen, müssen intensiver als bisher zum beiderseitigen Vorteil von Unternehmen und Verwaltung im Bezirk erschlossen werden. Die Wirtschaftsförderung muss nach dem Vorbild erfolgreicher Bezirke professionalisiert und darauf ausgerichtet werden, verstärkt Mittel für die Umsetzung von Projekten zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks zu akquirieren. Dadurch kann die Verwaltung sich im besten Fall auch selbst neue Finanzierungsquellen für die Einstellung dringend benötigten Personals eröffnen.

GESCHÄFTS- STRASSEN STÄRKEN

Nicht nur der Kurfürstendamm, auch andere Geschäftsstraßen sind in ihrer Qualität und Vielfalt eine Visitenkarte und Markenkern unseres Bezirks. Wir wollen die Kontakte zwischen der Verwaltung und den ansässigen Gewerbetreibenden intensivieren und die Geschäftsstraßen weiter im Wettbewerb mit anonymen „Shopping-Malls“ stärken. Der Bezirk muss aktiv über seine Grenzen hinaus für diese Geschäftsstraßen werben.

Das Verbot, Gastronomie auf dem Unterstreifen des Gehwegs anzubieten, muss umgehend zurückgenommen werden. Weiterhin ist ein behutsamer Interessenausgleich zwischen Gastwirten, Anwohnern und Fußgängern zu finden. Geschäftsstraßen sind zu jeder Zeit repräsentativ und sauber zu halten.

Wir begrüßen, dass auf Initiative der CDU endlich ein Gesetz für sogenannte Standortgemeinschaften („business improvement districts“, BIDs) verabschiedet wurde und unterstützen die AG City auf dem Weg zur ersten Berliner Standortgemeinschaft am Kurfürstendamm.

**PARKRAUM
SCHAFFEN**

Die umfangreiche Vernichtung von Parkmöglichkeiten in der City-West durch Rot-Grün ist umgehend zu beenden, sie gefährdet die Attraktivität dieses Wirtschaftsstandortes und ignoriert die Bedürfnisse von Anwohnerschaft, Gewerbetreibenden und Beschäftigten.

**RUNDER TISCH
DER WIRTSCHAFT**

Um gemeinsame Ziele für die Entwicklung der Wirtschaft im Bezirk festzulegen, den gegenseitigen Austausch zu intensivieren und eine Willkommenskultur für Unternehmerinnen und Unternehmer in der bezirklichen Verwaltung zu verankern, hat der Bezirk vierteljährlich einen Runden Tisch der Wirtschaft gemeinsam mit den Spitzen der Verwaltung durchzuführen. Die Durchführung der sog. Mittelstandsgespräche einmal im Jahr als inspirationsloser Frontalunterricht ist völlig ungenügend.

**BEZIRKLICHES
GRÜNDERZENTRUM**

Wir streben an, in unmittelbarer Nachbarschaft oder Bürogemeinschaft mit der Wirtschaftsförderung ein bezirkliches Gründerzentrum einzurichten, welches in einer Bürogemeinschaftsstruktur kostengünstige IT-Arbeitsplätze vorhält, und somit Gründer neuer Firmen in unserem Bezirk bei ihrem Start unterstützt.

**INNOVATIVES UND
KREATIVES
POTENZIAL DER
UNIVERSITÄTEN
STÄRKER NUTZEN**

Das innovative und kreative Potential der Technischen Universität und der Universität der Künste wollen wir stärker nutzen und fördern. Unser Ziel ist es, im unmittelbaren Umfeld der TU einen innerstädtischen Campus für Wirtschaft, Wissenschaft und studentisches Wohnen anzusiedeln. Insbesondere wollen wir in diesem Zusammenhang Ausgründungen stärker als bisher fördern, beispielsweise durch kostengünstige Büro- und Arbeitsflächenangebote.

**FREIES WLAN IM
ÖFFENTLICHEN RAUM**

Wir streben an, den Bezirk auch jenseits der zentralen City-Lagen zum Vorreiter bei der Bereitstellung frei zugänglicher Internetangebote zu machen. Dies hat der Bezirk im Rahmen der Ausschreibung der Straßenmöblierung einzufordern.

**GEWERBEFLÄCHEN ALS
ZUKUNFTSPOTENTIAL
ERHALTEN**

Eine wachsende Stadt braucht nicht nur Flächen zur Errichtung neuer Wohnungen, sondern auch Reserven für die Ansiedlung von Unternehmen mit dem Ziel der Schaffung von wohnortnahen Arbeitsplätzen. Deshalb ist ein gesunder Ausgleich zwischen Wohnungen und Gewerbeflächen zu finden. Der letzte zusammenhängende Gewerbestandort des Bezirks, „Block 68“ am Salzufer, muss erhalten und weiterentwickelt werden. Zusätzlich sind weitere Potentiale zu ermitteln.

ICC

Die Sanierung und Wiedereröffnung des ICC als Messe- und Kongresszentrum ist weiterhin ein zentrales wirtschaftspolitisches Anliegen der CDU Charlottenburg-Wilmersdorf. Deshalb ist ohne weitere Verzögerung ein tragfähiges Konzept zu entwickeln

MESSE BERLIN

Die Stärkung des innerstädtischen Messestandorts ist für unseren Bezirk von übergeordneter Bedeutung. Wir begrüßen die Forderung der Berliner CDU nach einer Investitionsoffensive zur Modernisierung der Messehallen am Funkturm. Erforderlich ist darüber hinaus ein leistungsfähiges Verkehrskonzept für das Umfeld des Messegeländes sowie zur Anbindung der Messe an den Flughafen BER.

SONNTAGSÖFFNUNG FÜR „SPÄTIS“

Sogenannte „Spätis“, also kleine inhabergeführte Einzelhändler mit oft durchgehenden Öffnungszeiten, gehören zu Berlin wie Curry-Wurst und Kurfürstendamm und leisten einen wichtigen Beitrag zur Nahversorgung in Randzeiten. Wir setzen uns dafür ein, im Konsens mit den christlichen Kirchen eine Regelung zu finden, die es „Späti“-Inhabern ermöglicht, ihre Geschäfte auch am Sonntag geöffnet zu halten, soweit dafür kein Einsatz zusätzlicher Mitarbeiter erforderlich ist.

FAIRTRADE IN CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

Mit maßgeblicher Unterstützung der CDU ist der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf erste „Fair-Trade-Town“ in Berlin geworden. Wir wollen den damit einhergehenden Bewusstseinswandel in enger Abstimmung mit der Fair-Trade-Kampagne weiter fortführen und stärken.

SOZIALES UND GESUNDHEIT

Die CDU setzt im Bereich Gesundheit auf Vorsorge in allen Lebensbereichen von der Kindheit bis ins hohe Alter: Dieser Grundsatz soll Leitgedanke aller bezirklichen Angebote sein. Für erkrankte Menschen fordert und fördert die CDU eine ortsnahe und qualitativ hochwertige Medizin. Behinderte sowie pflegebedürftige Menschen haben ein Recht auf menschenwürdige Behandlung und gesellschaftliche Teilhabe im Sinne der Inklusion.

Für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstützt die CDU nachhaltig den Grundsatz einer größtmöglichen Selbstbestimmung ihres alltäglichen Lebens.

Die CDU fordert eine jährliche Auswertung des Berliner Sozialstrukturatlas für den Bezirk, um vom Land die finanziellen Mittel zu erhalten, die den tatsächlichen Bedürfnissen der im Bezirk lebenden Menschen entsprechen. Die CDU strebt insbesondere eine Senkung der sehr hohen Armutsrisikoquote an. Wir setzen uns für eine Verbesserung der Lebenslage von Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigeren Einkommen ein.

ÄRZTE- UND PERSONALMANGEL IM KINDER- UND JUGENDGESUNDHEITSDIENST ABBAUEN

Nach wie vor ist es aufgrund des Fachkräftemangels schwierig, eine ausreichende Personalversorgung für den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst sicherzustellen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die Bezahlung der ärztlichen Fachkräfte an die Bedingungen anderer Bundesländer anzupassen. Darüber hinaus braucht es einen bedarfsgerechten Einstellungskorridor, um auch in Zukunft mindestens die Durchführung von Pflichtuntersuchungen sicherstellen zu können.

GESUNDHEITSBEWUSSTSEIN STÄRKEN

Auch wenn zunächst jede/r Einzelne gefordert ist, für eine gesunde Ernährung und ausreichende Bewegung Sorge zu tragen, sehen wir hier auch den Bezirk in politischer Verantwortung. Wir wollen hierzu die Aufklärung und Beratung über gesunde Ernährung vor allem an Schulen und Jugendeinrichtungen, aber auch im Rahmen anderer Angebote des Bezirks stärken.

DROGEN-MISSBRAUCH VORBEUGEN, BETREUUNG VON DROGENABHÄNGIGEN

Eine nachhaltige Drogenpolitik setzt nicht nur auf die entschlossene Bekämpfung jeder Form von Drogenkriminalität, sondern auch auf Suchtprävention und die bestmögliche Betreuung suchterkrankter Menschen im Bezirk. Hierbei setzen wir vor allem auf mobile Angebote, um auf räumliche Verlagerungen der Drogenszene rasch reagieren zu können. Wir wollen außerdem die suchtpreventiven Maßnahmen der Abteilung für Gesundheit und Soziales vor allem in den Schulen und Jugendeinrichtungen erhalten und möglichst weiter ausbauen.

SCHULDNERBERATUNG

Die wertvolle Arbeit der Schuldnerberatung muss finanziell dauerhaft abgesichert werden, um Menschen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch in Zukunft eine niedrigschwellige bezirkliche Anlaufstelle anzubieten und ihnen aus der Schuldenfalle zu helfen.

UNTERSTÜTZUNG FÜR OBDACHLOSE

Wohnungslose und nicht sesshafte Menschen bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und Fürsorge. Die Betreuungsangebote des Bezirks und freier Träger für Obdachlose, die Kältehilfe und auch hygienische Einrichtungen (Hygieneraum Jebenstraße) müssen auch außerhalb der kalten Jahreszeit möglichst durchgehend und entsprechend dem gestiegenen Bedarf zur Verfügung stehen und finanziert werden. Hierfür bedarf es auch der Unterstützung durch das Land, insbesondere bei der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Unterkünften. Die Betreuung darf sich nicht nur auf den Innenstadtbereich beziehen, sondern muss auch in anderen Teilen des Bezirks geleistet werden.

PFLEGEANGEBOTE AUSBAUEN

Die Zahl pflegebedürftiger Menschen im Bezirk ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Wir wollen die nicht nur „rund um das Alter“ beratenden Pflegestützpunkte qualitativ und bedarfsgerecht ausbauen und unter Einbindung ehrenamtlicher Berater noch nachhaltiger gestalten. Zugleich streben wir den Ausbau seriöser Pflegedienste mit Arbeitsschwerpunkten in den bezirklichen Kiezen an.

HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG IM ALTER SICHERSTELLEN

Viele ältere Menschen, die den Wunsch haben, in ihrer Wohnung gepflegt zu werden, sind auf die hausärztliche Versorgung mit Arztbesuchen in ihrer häuslichen Umgebung angewiesen, wenn sie ihre Ärztin oder ihren Arzt nicht mehr eigenständig oder mit Hilfe aufsuchen können. Im Zusammenwirken mit den drei Pflegestützpunkten im Bezirk setzen wir uns mit dafür ein, dass die hausärztliche Versorgung für die pflegebedürftigen Menschen erhalten bleibt.

WOHNEN IM ALTER

Viele Menschen haben das berechtigte Bedürfnis, in ihrer vertrauten Umgebung alt zu werden. Die Möglichkeiten zum barrierefreien Umbau von Wohnungen müssen vereinfacht werden und finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten sind zu entwickeln. Die Pflicht zum späteren Rückbau bei Aufgabe der Wohnung ist aufzuheben.

SENIORENGERECHTE STADTGESTALTUNG

Die Stadtgestaltung im öffentlichen Raum sowie die Verkehrsflächen, Grünanlagen und Gebäude sollen auf den demographischen Wandel im Bezirk abgestimmt sein. Entsprechende Maßnahmen wie eine bessere Straßenbeleuchtung oder barrierefreie Gehwege und Grünanlagen nutzen nicht nur älteren Menschen, sondern auch Familien mit Kindern und Menschen mit Behinderung.

MOBILITÄT

Gesellschaftliche Teilnahme ist auch für Menschen mit Behinderung ein Grundrecht.

Deshalb verlangen wir die Beschleunigung des barrierefreien Ausbaus der U-Bahnstationen im Bezirk, den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der im Bezirk aktiven Mobilitätsdienste und die Einführung von barrierefreien Taxis.

INKLUSION

Wir streben an, die UN-Behindertenrechtskonvention auch im Bezirk umzusetzen und das Prinzip der Inklusion verbindlich in der Verwaltung und den Einrichtungen des Bezirks zu verankern. Insbesondere für unsere Schulen bedarf es dabei besonderer Sensibilität und eines finanziell und personell unterfütterten Konzepts.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Die CDU setzt auf den mündigen Bürger, der die Entwicklung in seinem Wohn- und Arbeitsumfeld aufmerksam beobachtet und mitgestalten will. Bürgerschaftliches Engagement ist daher grundlegend im Bezirk zu fördern. Die in vielen Bereichen tätigen ehrenamtlichen Menschen können auf unsere Unterstützung und Wertschätzung bauen!

NEUE UND VERBINDLICHE FORMEN DER TEILHABE SCHAFFEN

Eine wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes Miteinander von Politik und Stadtgesellschaft ist es, einander auf Augenhöhe zu begegnen. Wir streben an, neue und verbindliche Formen der Teilhabe im Bezirk zu etablieren. Ein wesentliches Element sind für uns dabei beiderseitig überprüfbare Zielvereinbarungen zwischen der Verwaltung und engagierten Bürgerinnen und Bürgern bzw. Bürgerinitiativen.

KIEZFOREN

Wir wollen regelmäßige Kiezforen in den Ortsteilen des Bezirks durchführen, um frühzeitig über laufende Überlegungen oder anstehende Planungen des Bezirksamts zu informieren, Probleme aufzugreifen und den Dialog zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft zu intensivieren. Hierbei sollen die Verkehrsunternehmen, die Stadtreinigung, die Sicherheitsbehörden und andere relevante öffentliche Partner eingebunden werden, um den ernsthaften Austausch nicht wie in der Vergangenheit an Zuständigkeitsgrenzen scheitern zu lassen.

DIGITALE BETEILIGUNGS- FORMEN AUSBAUEN

Das Bezirksamt muss intensiver als bisher die Beteiligungsmöglichkeiten nutzen, die insbesondere das Internet und Soziale Netzwerke bieten. Das Abgeordnetenhaus hat auf Initiative der CDU mit dem Beschluss „Berlin zum Mitmachen“ die Richtung vorgegeben. Alle öffentlich verfügbaren Informationen zu laufenden und anstehenden Planungen des Bezirksamts sollten jederzeit frei und übersichtlich im Internet verfügbar sein und der Diskussion zugänglich gemacht werden. Die Beteiligungs-Plattform mein.berlin.de bietet dafür eine gute Basis.

SENIOREN- ENGAGEMENT

Viele ältere Menschen bringen sich mit außerordentlichem Engagement an verschiedensten Stellen für unseren Bezirk ein. Wir wollen auf ihre Kompetenzen und ihren Erfahrungsschatz nicht verzichten. Es ist deshalb zu begrüßen, dass mit der Neufassung des Seniorenmitwirkungsgesetzes unter anderem zusätzliche Anreize geschaffen wurden, sich bei der Wahl der bezirklichen Seniorenvertretung einzubringen. Wir setzen auch künftig auf ein konstruktives Miteinander zwischen Bezirksverwaltung und Seniorenvertretung, um unseren Bezirk für alle Generationen lebenswert zu gestalten.

KINDER- UND JUGENDPARLAMENT

Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) in Charlottenburg-Wilmersdorf ist eine wichtige Möglichkeit für Kinder und Jugendliche im Bezirk, ihre Interessen politisch einzubringen und sich mit politischen Abläufen vertraut zu machen. Wir wollen die Arbeit des KJP weiter fördern und seine geschäftsplanmäßige Anbindung an die BVV erhalten. Seinen Bekanntheitsgrad an den Schulen und bei Jugendeinrichtungen wollen wir erhöhen, um deutlich mehr Einrichtungen zur Mitarbeit im KJP zu bewegen.

SOZIALKOMMIS- SIONEN STÄRKEN

Die Arbeit der Sozialkommissionen sollte mehr Beachtung und Unterstützung finden und auch zu einem Bürgernetzwerk gegen Vereinsamung und Isolation ausgebaut werden.

ANERKENNUNGS- KULTUR WEITER VERBESSERN

Schon heute ist der Bezirk in vielerlei Hinsicht bemüht, den ehrenamtlich für unser Gemeinwesen engagierten Menschen größtmögliche Anerkennung und Wertschätzung widerfahren zu lassen. Der Tag des Ehrenamts im Bezirk, die Bürgermedaille und der Ehrenamtspreis sind dafür nur einige Beispiele. Wir glauben, diese Anerkennungskultur lässt sich weiter ausbauen und verbessern, unter anderem durch neue und zusätzliche Angebote und Vorteile für die Berliner Ehrenamtskarte. Dafür wollen wir auch in Zukunft weitere Partner gewinnen und fordern auch für den Bezirk einen Ausschuss für ehrenamtliches Engagement, wie er auf Landesebene bereits eingesetzt wurde.

FAMILIE UND JUGEND

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein familienfreundlicher Bezirk und soll es auch weiterhin bleiben. Kinder sind unsere Zukunft. Wir wenden uns deshalb nicht nur entschieden gegen die rot-grünen Kürzungsmaßnahmen der vergangenen Jahre, wir fordern im Gegenteil eine Stärkung der Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendhilfe im Bezirk.

KITA-NEUBAU FÜR EINEN WACHSENDEN BEZIRK

Das Bevölkerungswachstum des Bezirks bedeutet auch für unsere Kita-Landschaft neue Anforderungen. Um ausreichende Kapazitäten zu schaffen, sind zeitnah Aus- und Neubaumöglichkeiten im Bezirk zu identifizieren und schnellstmöglich zu realisieren. Bei großen Wohnungsbauvorhaben ist sicherzustellen, dass der damit einhergehende Bedarf an Kitaplätzen bei allen Planungen berücksichtigt wird. Hierbei ist auf eine angemessene Balance zwischen öffentlichen und freien Trägern zu achten.

KEINE SCHLIESSUNG VON JUGENDFREIZEIT-EINRICHTUNGEN

Mit der CDU wird es keine Schließungen von weiteren Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk geben. In früheren Jahren gingen bereits viele Einrichtungen ohne Ersatz verloren. Dadurch sind die Möglichkeiten einer kostengünstigen Freizeitgestaltung stark reduziert und Bildungschancen im Freizeitbereich verschenkt worden. Dieser rot-grüne Kahlschlag darf auf keinen Fall fortgesetzt werden. Wir halten mindestens eine Jugendfreizeiteinrichtung in jeder Region des Bezirks für zwingend erforderlich. Ausdrücklich begrüßen wir die auf Drängen der CDU neu entstandene Errichtung einer Jugendfreizeiteinrichtung am Ruhwaldpark.

Die Übertragung von Jugendfreizeiteinrichtungen an freie Träger darf nur bei qualitativer und quantitativer Beibehaltung des Personals und des Leistungsangebots erfolgen. Der Fortbestand der Qualität muss langfristig gesichert und regelmäßig überprüft werden.

FERIENANGEBOTE DES BEZIRKS ERHALTEN UND BEDARFSGERECHT AUSBAUEN

Die bezirklichen Ferienangebote wie das Zeltlager Kirchvers und „Kinder in Licht, Luft und Sonne“ sind mindestens im bestehenden Umfang zu erhalten. Im Zusammenhang mit der wachsenden Stadt hat ein bedarfsgerechter Ausbau stattzufinden.

JUGENDKUNSTSCHULE

Die Jugendschule leistet einen wichtigen Beitrag zur kreativen Entwicklung junger Menschen. Wir begrüßen die Absicherung der Jugendkunstschulen im Berliner Schulgesetz und fordern die zügige Bereitstellung der zugesagten Mittel durch die zuständige Senatsverwaltung.

**JUGENDSOZIAL-
ARBEIT STÄRKEN**

Um den präventiven Ansatz der Jugendarbeit zu verstärken fordern wir die Wiedereinführung der Jugendsozialarbeit (Street Work) in sozialen Brennpunkten. Die aufsuchende Jugendsozialarbeit soll möglichst durch eine mobile Jugendarbeit mit Angeboten zur Einzelberatung, Gruppenarbeit, Projektarbeit und Stadtteilarbeit nahe an den Lebenswelten der betreffenden Jugendlichen ergänzt werden. Es wird eine enge Zusammenarbeit mit freien Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe im Bezirk angestrebt.

FAMILIENBERATUNG

Um Familien in möglichst allen Teilen Bezirks ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot machen zu können, streben wir die Gründung eines weiteren „Hauses der Familie“ in Charlottenburg-Wilmersdorf an.

**JUGENDBERUFS-
AGENTUR**

Wir streben an, junge Menschen möglichst bruch- und reibungslos von der Schule zum Berufsabschluss und in Beschäftigung zu bringen. Mit der Jugendberufsagentur hat die Große Koalition in Berlin eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Schulbildung die besten Rahmenbedingungen für die Berufswahl zu bieten. Diese Möglichkeiten sollen auch im Bezirk bestmöglich genutzt werden.

**KINDER-
SPIELPLÄTZE**

Unter der angespannten Haushaltslage des Bezirks hat auch der Zustand der Kinderspielplätze zu leiden. Wir erachten es als eine vordringliche Aufgabe, die Investitionen des Bezirks in diesem Bereich zu verstärken. Private Spenden können helfen, zeitnahen Ersatz für defektes Spielgerät zu beschaffen. Wir sind aber auch offen für ein Spielplatz-Sponsoring. Eine Schließung oder Aufgabe von Kinderspielplätzen kommt für uns nicht in Betracht.

INTEGRATION

In Charlottenburg-Wilmersdorf leben Menschen aus weit über hundert verschiedenen Nationen. Hinzu kommen seit dem vergangenen Jahr tausende geflüchteter Menschen, die vorübergehend im Bezirk verbleiben werden und deren Integration enorme gegenseitige Anstrengungen verlangt. Dieser Herausforderung wollen wir uns stellen. Integration bedeutet dabei nicht kritiklose Anpassung oder Assimilation. Es bedeutet aus unserer Sicht die Anerkennung unserer im Grundgesetz niedergelegten Werte ohne Aufgabe der eigenen kulturellen oder religiösen Identität.

WERTEVERMITTLUNG ALS LEITPRINZIP DER INTEGRATIONSPOLITIK

Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration ist die Vermittlung und Durchsetzung unserer demokratischen Wertvorstellungen von Anfang an. Hierzu kann auch der Bezirk im Rahmen seiner Integrationsangebote einen Beitrag leisten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Wertevermittlung ein wesentliches Leitprinzip aller Integrationsangebote des Bezirks bleibt.

SPRACHNIVEAU VON FLÜCHTLINGEN SICHERN

Der Erwerb der deutschen Sprache ist eine der wichtigsten Integrationsvoraussetzungen für Flüchtlinge. Aus diesem Grund muss das Angebot an Deutschkursen für diese Zielgruppe weiter deutlich ausgebaut werden. Hierfür ist auch die VHS entsprechend auszustatten. Insbesondere ist sicherzustellen, dass der Übergang von der Willkommensklasse in die Regelbeschulung erst dann erfolgt, wenn ein ausreichendes Sprachniveau sichergestellt ist, aufgrund dessen es den Kindern und Jugendlichen möglich ist, dem Unterricht zu folgen.

FLÜCHTLINGS- INTEGRATION NICHT ZULASTEN VORHANDENER STRUKTUREN

Die Flüchtlingssituation stellt unseren Bezirk vor enorme Herausforderungen, die nur dank einer historisch einzigartigen Welle der Hilfsbereitschaft und des ehrenamtlichen Engagements zu bewältigen war und bleibt. Die entscheidende Aufgabe wird jedoch nicht allein die menschenwürdige Unterbringung der nach Deutschland geflüchteten Menschen sein, sondern die Integration von Flüchtlingen mit längerfristiger Bleibeperspektive. Der dabei zu leistende Beitrag des Bezirks darf allerdings nicht zu Lasten bestehender sozialer Angebote für andere Zielgruppen gehen, sondern ist mit Unterstützung von Land und Bund zusätzlich zu erbringen.

ARBEITSMÖGLICHKEITEN SIND DIE BESTE INTEGRATIONSMASSNAHME

Es gibt keine wirksamere Integrationsmaßnahme als die Vermittlung von Flüchtlingen in Arbeit. Die Bezirksverwaltung kann dazu nur begrenzt beitragen. Wir streben an, mit öffentlichen Qualifizierungsmaßnahmen sowie dem Aufbau eines Netzwerks von ausbildungs- und beschäftigungswilligen Unternehmen einerseits und Flüchtlingseinrichtungen andererseits mehr geflüchtete Menschen in eine betriebliche Beschäftigung zu vermitteln (z.B. Flüchtlingspraktika). Das in Lichtenberg in Erprobung befindliche Tandem-Projekt, bei dem sich Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge einen vom Jobcenter geförderten Arbeitsplatz teilen, wollen wir im Erfolgsfall auf Charlottenburg-Wilmersdorf übertragen.

STADTENTWICKLUNG

Charlottenburg-Wilmersdorf ist vielfältig: Innenstadtbezirk und grüne Waldrandlage, moderne Hochhausbauten und Einfamilienhaussiedlungen, weite Welt und gemütlicher Kiez. Unser Bezirk ist gefragt: als Wohnort, als Handelsplatz und inzwischen auch wieder für Gewerbe. Diese Vielfalt unterstützen wir mit einer engagierten Bau- und Stadtentwicklungspolitik, die das Erbe des Bezirks bewahren und neue Entwicklungen ermöglichen will. Dabei treten wir dafür ein, die urbane Mischung unserer Kieze zu erhalten und gewachsene Strukturen nicht zu zerstören. Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in der Bauleitplanung trägt nach unserer Überzeugung zu einer höheren Akzeptanz von Bauprojekten bei und ist in jedem Verfahren anzustreben.

WOHNEN

Berlin wächst. Das gilt auch für unseren Bezirk. Das Bevölkerungswachstum bleibt nicht ohne Folgen für den Wohnungsmarkt. Das beste Rezept, die steigenden Miet- und Wohnungspreise in Berlin zu bremsen, ist der Bau von neuen Wohnungen! Davon können und wollen wir unseren Bezirk nicht ausnehmen. Hierbei legen wir Wert auf einen nachhaltigen und bezahlbaren Wohnungsneubau und den Erhalt der sozialen Mischung in den Kiezen des Bezirks. Modellprojekte für klimaneutrales Bauen werden wir auch in Zukunft unterstützen.

BEZIRKLICHES BÜNDNIS FÜR WOHNUNGSNEUBAU

Die Politik ist in der Verantwortung, die richtigen Entscheidungen für unseren wachsenden Bezirk zu treffen. Sie tut aber gut daran, diese Herausforderung nicht allein bewältigen zu wollen.

Angesichts der zunehmenden Konkurrenz um die Nutzung städtischer Flächen und einer aufgeladenen gesellschaftlichen Debatte streben wir die Gründung eines breiten Bündnisses für Wohnungsneubau im Bezirk an. In diesem Bündnis sollen sich die relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu ihrer Verantwortung für die Akzeptanz eines sozial und qualitativ nachhaltigen Wohnungsneubaus in Charlottenburg-Wilmersdorf bekennen und einen Beitrag dazu leisten, die richtigen Prioritäten zu setzen und Konflikte zu entschärfen.

Hierfür ist die Erarbeitung einer soliden Wohnungsbaupotenzialstudie für den Bezirk die Voraussetzung, damit die Arbeits- und Entscheidungsgrundlagen klar sind.

SOZIAL- VERTRÄGLICHE MIETEN

Jede neu entstehende Wohnung entlastet den Mietmarkt und nutzt damit allen Menschen im Bezirk. Aber natürlich muss vor allem bei größeren Wohnungsbauvorhaben im Bezirk sichergestellt sein, dass sie trotz der enorm gestiegenen Baukosten einen hinreichenden Anteil bezahlbarer Mietwohnungen auch für Menschen mit niedrigem Einkommen gewährleisten. Hierbei setzen wir auch in Zukunft auf das „Berliner Modell“ mit seinem Anteil von 25 Prozent preisgebundener Wohnungen.

BEZAHLBARES WOHNEIGENTUM

Die selbst genutzte eigene Wohnung ist nicht nur ein wichtiger Baustein der persönlichen Altersvorsorge, sie ist auch ein fester Bestandteil der Berliner Mischung in funktionierenden Stadtquartieren. Die Preise für Eigentumswohnungen sind allerdings in den vergangenen Jahren noch sehr viel stärker gestiegen als die Durchschnittsmieten. Wohnungseigentum darf jedoch schon aufgrund seiner sozialen und gesellschaftlichen Funktion kein Luxusgut werden. Darum setzen wir uns dafür ein, bei Neubauvorhaben nicht nur bezahlbare Mietwohnungen, sondern auch für Durchschnittseinkommen erschwingliche Eigentumswohnungen im Blick zu haben. Wir begrüßen die Initiative der Berliner CDU, mit Familienbaudarlehen und anderen Instrumenten gezielt den frühzeitigen Erwerb von Wohnungseigentum für Selbstnutzer zu unterstützen.

LEBENSQUALITÄT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Die Plätze und Parks des Bezirks sind Herzstücke unserer Kieze. Sie sind deshalb als lebendige Treffpunkte im Bezirk zu erhalten. Dazu gehören eine deutlich verstärkte Pflege der Grünflächen, mehr Sauberkeit und ausreichend Aufenthaltsmöglichkeiten für Alt und Jung. Hierfür muss der Bezirk die eingesetzten Mittel deutlich erhöhen.

SPIELHALLEN UND WETTBÜROS

Wir begrüßen es sehr, dass auf Initiative der CDU die Regelungen für Spielhallen und Wettbüros in Berlin weiter verschärft wurden. Mehrere Kieze in Charlottenburg-Wilmersdorf haben unter der Spielhallen- und Wettbüro-Flut vergangener Jahre erheblich zu leiden. Mit den ab Sommer 2016 für Spielhallen und Wettbüros gelten Mindestabständen von 500 Metern zueinander und 200 Metern zur jeweils nächsten Oberschule gibt es nun eine Handhabe, diesem Negativ-Trend wirksam entgegenzuwirken. Wir fordern das Bezirksamt auf, von den neuen Möglichkeiten konsequent Gebrauch zu machen und auch den Kampf gegen illegale Café-Casinos zu verstärken.

ZUKUNFTSQUARTIER AM ZOO SCHAFFEN

Seit der Verabschiedung des Masterplans für den Campus der Universitäten Charlottenburg ist nicht nur wenig geschehen, es haben sich auch die Rahmenbedingungen grundlegend verändert. Das dynamische Wachstum der City-West eröffnet Möglichkeiten der Entwicklung, an die 2006 noch nicht zu denken war. Wir fordern deshalb, den bestehenden Masterplan gemeinsam mit den Grundstückseigentümern, den anliegenden Universitäten und der interessierten Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln und die planerischen Grundlage dafür zu schaffen, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bahnhof Zoo ein Zukunftsquartier für Wissenschaft, Wirtschaft und Wohnen zu schaffen. Die CDU hält diesen Standort zwischen Breitscheidplatz und Ernst-Reuter-Platz für prädestiniert für eine Hochhausbebauung, um die vorhandenen Flächen bestmöglich auszunutzen.

HARDENBERGPLATZ NEU GESTALTEN

Es ist Rot-Grün in den vergangenen fünf Jahren nicht gelungen, bei der Umgestaltung des Hardenbergplatzes wesentlich voran zu kommen. Wir fordern, umgehend die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Parkplätze auf dem Hardenbergplatz unter die Erde zu verlagern, den Umsteigeverkehr auf dem Platz zu ordnen und vor den Toren des Zoologischen Gartens einen städtischen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen. Für den Bau der von uns vorgesehenen Tiefgarage ist ein privater Partner zu gewinnen, Voraussetzung dafür ist eine belastbare Marktuntersuchung.

KULTURQUARTIER AM FASANENPLATZ VORANBRINGEN

Wir begrüßen die Initiative von Anwohnern, Berliner Festspielen und der Universität der Künste, im Bereich der Parkpalette zwischen Universität und Festspielen einen Stadtplatz mit multifunktionaler kultureller Nutzung zu schaffen und damit nicht nur den anliegenden Kultureinrichtungen neue Perspektiven zu eröffnen, sondern dem Fasanenkiez insgesamt langfristig einen neuen Mittelpunkt zu geben. Hierfür ist die Grundstückssituation neu zu ordnen, was nur mit dem Bund und dem Land Berlin als Partner gelingen kann. Wir werden auf eine solche Partnerschaft für ein Kulturquartier am Fasanenplatz konsequent hinarbeiten.

FREILICHTBÜHNE JUNGFERNHEIDE

Wir wollen den brachliegenden Kulturstandort wieder ertüchtigen und hier Kultur erlebbar machen. Die dafür benötigten Finanzmittel kann der Bezirk nicht alleine aufbringen. Deshalb sollte er sie an ein erfahrenes Unternehmen verpachten, das dann die Instandsetzung übernimmt, dafür die Bühne aber auch auf eigene Rechnung betreiben kann.

SCHOELER- SCHLÖSSCHEN

Wir machen uns auch weiterhin dafür stark, das Schoelerschlosschen, Wilmersdorfs ältestes erhaltenes Gebäude, als einen Standort mit kultureller Nutzung zu etablieren. Hierfür ist die Zusammenarbeit mit allen Interessierten sinnvoll, gemeinsam muss ein tragfähiges Nutzungskonzept entwickelt werden, für das es bereits zahlreiche wertvolle und gute Ideen und Vorschläge gibt. Dies ist natürlich auch abhängig von den Möglichkeiten der Finanzierung.

'STREET ART' AUF VERTEILERKÄSTEN

Wir wollen gemeinsam mit den Eigentümern der vielen Verteilerkästen (Post, Deutsche Telekom, Netzbetriebe) einen jährlichen künstlerischen Wettbewerb ausloben, um mit ihnen unser Stadtbild zu verschönern. Kinder und Jugendliche sollen dazu aufgerufen werden, unter fachkundiger Anleitung diese Flächen ansprechend zu gestalten.

MOBILITÄT

Die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für eine moderne Verkehrspolitik ein, die das Miteinander der verschiedenen Verkehrsträger sicher, nachhaltig und effizient organisiert. Wir sind überzeugt von einem sozialen Grundrecht auf bestmögliche Mobilität für alle. Die Menschen in unserem Bezirk wollen und müssen beweglich bleiben, ob mit dem ÖPNV, dem Auto, dem Fahrrad oder zu Fuß. Unser Ziel ist es, das ideale Verkehrssystem einer Großstadt auf bezirklicher Ebene zu verwirklichen. Wir sind uns bewusst, dass Verkehrspolitik einen großen Einfluss auf die Lebensqualität der hier lebenden Menschen hat. Sie entscheidet über das Ausmaß individueller Mobilität ebenso wie über die Leistungsfähigkeit der öffentlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Wir stehen zu unserer Verantwortung, unvermeidbare Belastungen von Anwohnern und Umwelt so gering wie möglich zu halten.

GLEICHBERECHTIGTES MITEINANDER ALLER VERKEHRSTRÄGER

Wir wollen eine nachfrageorientierte Balance aller Verkehrsmittel herstellen, anstatt den Autoverkehr einseitig zu benachteiligen. Dabei sind ÖPNV und Radverkehr zu fördern ohne diese gegen motorisierten Individualverkehr auszuspielen.

FUSSGÄNGER

Um die Verkehrssicherheit für Fußgänger zu erhöhen, setzen wir uns für eine höhere Zahl von Zebrastreifen und anderen Querungshilfen im Bezirk ein. Der Zustand der Gehwege und die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sind durch gezielten Mitteleinsatz zu verbessern. Wir werden uns beim Senat und dem privaten Betreiber der Straßenbeleuchtung für eine verbesserte Beleuchtung einsetzen.

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

Wir erwarten von der BVG, alle U-Bahnhöfe im Bezirk planmäßig bis 2020 barrierefrei zugänglich zu machen. Es muss uns gemeinsam gelingen, Service, Sauberkeit und Zuverlässigkeit zum Markenzeichen des Berliner Nahverkehrs zu machen. Hierfür sind „Dunkle Ecken“ in Bahnhöfen und Fahrzeugen zu beseitigen, die Drogenkriminalität entlang der U7 entschieden zu bekämpfen.

Bahnhöfe und Fahrzeuge müssen mit ausreichend Personal besetzt sein, um Sicherheit und Service zu gewährleisten. Einschneidende Veränderungen im Fahrplan müssen rechtzeitig kommuniziert und gegebenenfalls mit den Anwohnern erörtert werden.

MOTORISIERTER INDIVIDUALVERKEHR

Wir wenden uns entschieden gegen weitere Parkraumverknappung. Zur Schaffung von Freiräumen sind Parkplätze unter die Erde zu verlagern. Wir wollen weiterhin ein dynamisches Parkleitsystem für die City-West, um unnötigen Parksuchverkehr zu vermeiden.

Die Investitionen in Straßensanierungsmaßnahmen sind kontinuierlich dem Bedarf entsprechend zu erhöhen. Schlaglöcher müssen in unserem Bezirk der Vergangenheit angehören.

Die Verkehrslenkung muss aufgelöst und wieder dezentral in die Zuständigkeit der Bezirke überführt werden, da vor Ort die größte Sachkenntnis herrscht. Schilder- und Anordnungswildwuchs sind zu beseitigen.

Die Infrastruktur für Elektromobilität ist vom Bezirk kontinuierlich auszubauen. Insbesondere bei der Planung neuer Tiefgaragen oder bei der Erneuerung von Straßenbeleuchtung ist die Schaffung von Ladekapazitäten verbindlich vorzusehen.

Um den Verkehr flüssiger zu machen und unnötige Emissionen zu vermeiden, setzen wir uns für „Grüne Wellen“ und eine häufigere Nachtabstaltung von Ampeln ein.

RADVERKEHR

Wir wollen das Radwegenetz sichern und weiterentwickeln. Parallel zu Hauptstraßen sind Fahrradstraßen zu schaffen, um weiter zunehmenden Fahrradverkehr von den Autofahrern möglichst zu trennen. Dadurch wird die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer erhöht und ein schnelleres Fortkommen ermöglicht. Wir setzen uns ein für einen deutlichen Ausbau der Fahrradverleihstationen („Bike-Sharing“) im Bezirk, um zusätzliche Anreize für die Fahrradnutzung zu schaffen. Wir wollen weitere Möglichkeiten zum Abstellen von Fahrrädern schaffen. Fahrradparkhäuser bringen Schutz vor Diebstahl und ermöglichen die Unterbringung einer großen Menge an Fahrrädern auf engstem Raum. Hierfür fordern wir ein Pilotprojekt am Bahnhof Zoo.

DER BEZIRK ALS TOR ZUR WELT

Der Bahnhof Zoo ist Knotenpunkt und Symbol der City West. Fernzüge müssen dort wieder halten. Der Verkehr auf dem Hardenbergplatz ist im Sinne einer besseren Aufenthaltsqualität umzugestalten. Dabei ist ein unterirdisches Parkhaus wichtiger Bestandteil.

Der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) muss als Schnittstelle zum Fernverkehr erhalten und baulich umgestaltet werden.

PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG NICHT MISSBRAUCHEN

Wir lehnen den Missbrauch der Parkraumbewirtschaftung zur reinen Abzocke von Bürgerinnen und Bürgern ab. Die Verbindlichkeit des Bürgerentscheids in dieser Frage erkennen wir weiterhin an. Zu einer unqualifizierten und ideologisch motivierten Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung wird es mit uns nicht kommen. Wir setzen uns dafür ein, die Lenkungseffekte aller Parkzonen im Bezirk sowie ihre zeitliche Ausgestaltung zu überprüfen.

GEGENSEITIGE RÜCKSICHTNAHME VERBESSERN

Um ein ausgewogenes und faires Miteinander der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten, bedarf es der Durchsetzung von Sanktionen gegen rücksichtslose Verkehrsteilnehmer. Polizei und Ordnungsämter bleiben aufgefordert, Verkehrsverstöße, die zu einer Behinderung oder Gefährdung anderer am Straßenverkehr Beteiligter führen, konsequent zu ahnden. Das gilt sowohl für den fahrenden und ruhenden motorisierten Verkehr, als auch z. B. für Radfahrer, die Verkehrsregeln ignorieren und damit die Sicherheit auf Straßen und Gehwegen in Frage stellen.

UMWELT

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf verfügt über zahlreiche öffentliche Grünanlagen in der Größe von fast 600 Fußballfeldern und ca. 45.000 Straßenbäumen. Zusammen mit dem Grunewald bieten diese Anlagen ein gutes Stadtklima und Einwohnern und Gästen vielfältige Erholungsmöglichkeiten. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und stärken. Wir engagieren uns darüber hinaus für das Erreichen der EU-Klimaziele auf allen politischen Ebenen. Klimaschutz auf bezirklicher Ebene bedeutet vor allem, die Energiebilanz im Altbaubestand zu verbessern.

STADTBAUM-KAMPAGNE FORTFÜHREN

Die Stadtbaumpkampagne des Bezirks hat sich bewährt und muss unbedingt fortgeführt werden. Die dafür erforderlichen Mittel hat das Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellt.

KLEINGÄRTEN SICHERN

Auf Druck der CDU-Fraktion hat das Abgeordnetenhaus beschlossen, die Berliner Kleingärten möglichst langfristig zu sichern und den Pächterinnen und Pächtern eine solide Perspektive zu eröffnen. Wir sind entsetzt, dass die zuständige Senatsverwaltung diesem Parlamentsbeschluss bis heute nicht nachgekommen ist. Aus unserer Sicht steht die klare Beschlusslage des Parlaments jedem Bestreben der Senatsbauverwaltung entgegen, Kleingartenland pauschal für Wohnungsbauzwecke vorzuhalten. Der Bezirk sollte deshalb wo immer möglich die Sicherung der öffentlichen Charlottenburg-Wilmersdorfer Kleingartenflächen durch Bebauungspläne betreiben. Das gilt insbesondere für Anlagen mit einer Fläche von weniger als 3 ha, für deren planungsrechtliche Sicherung der Parlamentsbeschluss ausdrücklich die Unterstützung des Senats vorsieht. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Kündigungen für Kleingartenanlagen vom Land Berlin nur noch mit ausdrücklicher Zustimmung des Abgeordnetenhauses ausgesprochen werden können, wie es bei der Entwidmung von Sportflächen heute schon der Fall ist.

GRÜNFLÄCHEN- UNTERHALTUNG VERBESSERN

Die Unterhaltungsmittel für Grünflächen und Straßenbäume müssen erhöht werden. Einem weiteren Personalabbau im Grünflächenamt muss entschieden entgegengesteuert werden.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT FÜR STADTGRÜN AUS- BAUEN, NEUE ANREIZE SETZEN

Es gibt glücklicherweise eine hohe Bereitschaft der Menschen, sich auch ehrenamtlich für das Stadtgrün in unserem Bezirk einzubringen. Das heißt nicht, dass die Verwaltung sich aus ihrer Verantwortung zurückziehen darf. In Zeiten knapper Kassen sollte dieses zusätzliche Potenzial aber unbedingt genutzt werden. Wir wollen gemeinsam mit privaten Partnern Anreize für die Übernahme von Patenschaften oder die ergänzende Pflege von Grünanlagen und Straßenbäumen entwickeln.

PARKORDNUNGEN EINHALTEN

Die Einhaltung von Parkordnungen, die dem Schutz der Grünanlagen und der Erhaltung ihres Erholungswertes dienen, muss verstärkt mit ordnungsbehördlichen Mitteln durchgesetzt werden.

LEBENDIGE DACHLANDSCHAFT

Wir begrüßen die Initiative der Berliner CDU für eine Strategie „Lebendige Dachlandschaft“. Die Möglichkeiten des Bezirks zur Begrünung von Dächern und Fassaden sollen stärker als bisher genutzt werden. Wir fordern den Senat auf, den Bezirk bei seinem Bestreben zu unterstützen, Begrünungsmaßnahmen verstärkt auch im eigenen Gebäudebestand zu realisieren.

UMWELT- UND KLIMASCHUTZ- PROJEKTE AUSBAUEN

Gemeinsam mit Umweltverbänden und privaten Initiativen wollen wir in den öffentlichen Einrichtungen des Bezirks verstärkt für einen schonenden Umgang mit unserer Umwelt werben und hierfür die notwendige Sensibilität wecken. In diesem Zusammenhang wollen wir auch bedarfsgerechte Hinweise für eine Senkung des eigenen Energieverbrauchs geben und in jeder Einrichtung der Jugend-, Familien- oder Seniorenarbeit mindestens zwei Klimaschutzprojekte im Jahr verwirklichen.

ENERGIEBILANZ BEZIRKLICHER IMMOBILIEN VERBESSERN

Wir wollen die Energieeffizienz bezirklicher Immobilien steigern, den Einsatz erneuerbarer Energien in den Liegenschaften des Bezirks weiter ausbauen und auch in Zukunft eine qualifizierte Energieberatung anbieten. Zur Finanzierung entsprechender Projekte sind auch externe Fördermöglichkeiten heranzuziehen.

STARKER BEZIRK MIT ZUKUNFTSFÄHIGER VERWALTUNG

Der Bezirk ist für alle wichtigen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zuständig. Zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigt er ein solides finanzielles Fundament, eine leistungsstarke Verwaltung und möglichst unbürokratische Verfahren. Die Digitalisierung der Verwaltung birgt große Chancen für mehr Bürgerservice, -beteiligung und -nähe. Mit dem E-Government-Gesetz hat vor allem die CDU die Voraussetzung dafür geschaffen, dieses Potenzial auf allen Ebenen der Verwaltung bestmöglich zu nutzen.

DIE BEZIRKE BRAUCHEN EIN NACHHALTIGES FINANZIELLES FUNDAMENT

Wir fordern eine verlässliche Finanzierung der Berliner Bezirke, die sich an den tatsächlich zu leistenden Aufgaben orientiert, Besonderheiten und die Entwicklung der Bevölkerungszahl berücksichtigt. Die vom Senat aufgerufenen Sonderprogramme sind in den regulären Bezirkshaushalt zu integrieren. Die Summe für notwendige Investitionen in die bezirkliche Infrastruktur muss genau beziffert werden und in den Haushalt eingestellt werden. Die Finanzierung der bezirklichen Aufgaben ist insgesamt transparenter zu gestalten.

LEISTUNGSSTARKE UND BÜRGERNAHE VERWALTUNG

Doppelzuständigkeiten müssen beseitigt werden. Die Zuständigkeiten müssen zwischen den Bezirken und dem Land klar geregelt sein und sind vom Senat konsequent zu beachten. Wir unterstützen alle Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung, komplizierte Verfahren zu vereinheitlichen und zu verschlanken.

AUFGABENGERECHTE PERSONAL-AUSSTATTUNG

Der auf Drängen der CDU eingeschlagene Weg weg vom Personalabbau hin zu zielgerichteten Neueinstellungen muss fortgeführt werden. Bei der Übertragung neuer Aufgaben durch die Hauptverwaltung auf die Bezirke muss zeitgleich für eine bedarfsgerechte Personal- und Finanzausstattung gesorgt werden. Bei einem absehbaren Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss der Wissenstransfer an die Nachfolgenden gewährleistet sein. Das hierfür 2015 begonnene Programm ist fortzusetzen.

PERSONALBEDARF RICHTIG EINSCHÄTZEN UND NACHWUCHS EINSTELLEN

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks bilden das Rückgrat eines leistungsstarken und bürgernahen Bezirksamts. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung soll ein Personalentwicklungskonzept mit aufgabenkritischer Betrachtung bis 2025 erarbeitet werden. In Zeiten des Fachkräftemangels werden wir eine Attraktivitäts- und Öffentlichkeitskampagne für Nachwuchskräfte in Charlottenburg-Wilmersdorf starten. Der Bezirk muss sich als familienfreundlicher und sicherer Arbeitgeber mit guten Entwicklungsperspektiven präsentieren. Hierbei steht die bedarfsgerechte Einstellung von Auszubildenden und Quereinsteigern im Mittelpunkt der Bemühungen. Auch die Verbeamtung in der mittleren und gehobenen Funktionsebene ist ein Baustein zur Stärkung der dienstleistungsorientierten Verwaltung des Bezirks.

DIGITALE VERWALTUNG

Es ist unser Ziel, das Online-Angebot der Verwaltung weiter auszubauen. Nachdem auf Landesebene die Voraussetzungen geschaffen wurden, muss die elektronische Akte auch im Bezirk eingeführt werden und das eGovernment-Gesetz umgesetzt werden.

Dazu gehören auch mehr medienbruchfreie Online – Angebote. Die Bezirke sind bei der Umsetzung eng zu beteiligen. Wir wollen eine kontinuierliche Information der Bürgerinnen und Bürger, um die elektronische Akte und die Online-Verfahren transparent darzustellen, die neuen Möglichkeiten zu erläutern und die Akzeptanz zu erhöhen.

Für Menschen, die ihre Anträge in der bisherigen Form stellen möchten, muss es diese Möglichkeit auch weiterhin geben.

SICHERHEIT IM IT BEREICH

Die Sicherheit im IT Bereich wollen wir weiter verbessern. Hierfür sind in den nächsten Jahren zunächst die erforderlichen Investitionen zu leisten, es muss aber auch ausreichend Fachpersonal zur Wartung der Technik zur Verfügung gestellt werden.

WERTSCHÄTZUNG FÜR MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Wir fordern den nachfrageorientierten Ausbau der Tele-Arbeitsplätze und eine entsprechende Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die daran interessiert sind.

Es ist uns wichtig, nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, sondern Stammkräfte fortzubilden und sie als motivierte Leistungsträger im Bezirk zu halten. Wissenstransfer und Mentoringprogramme müssen flächendeckend eingeführt werden. Zentrale Bausteine unserer Personalpolitik sind flexible Arbeitszeitmodelle sowie die Förderung der Gesundheit der Beamten und Tarifbeschäftigten unseres Bezirks. Aus diesem Grund fordern wir eine Verbesserung des Gesundheitsmanagements. Auch die individuelle Personalentwicklung eines jeden Beschäftigten muss durch einen dialogischen Führungsstil gefördert werden.

KULTUR

Die Förderung und Bewahrung von Kunst und Kultur sind Grundlagen einer demokratischen Bürgergesellschaft. Den besten Zugang zu Kunst und Kultur eröffnet bekanntermaßen der aktive Umgang mit ihr.

Dies und die Vermittlung der kulturellen Grundlagen unserer Gesellschaft sind Verpflichtung für die staatlichen Einrichtungen und Ausdruck eines aufgeklärten Gemeinwesens zugleich. In Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es eine vielfältige Landschaft kultureller Einrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft, die einen großen Anteil an der außerordentlichen Attraktivität unseres Bezirks haben und für die Bürgerinnen und Bürger viele Möglichkeiten der kulturellen Betätigung bieten. Deren Erhalt und Funktionieren sowie ihre Zukunftsfähigkeit gilt es zu sichern. Hierzu trägt dankenswerter Weise auch eine vielfältige Landschaft von Freundeskreisen und Fördervereinen bei. Auch die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf wird ihrerseits weiter dafür arbeiten und dabei die nachfolgenden Schwerpunkte setzen.

BEZIRKLICHE BIBLIOTHEKEN

Wir wollen das Angebot unserer bezirklichen Bibliotheken zukunftsorientiert weiterentwickeln. Dazu bedarf es einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung. Nutzungsfreundliche Öffnungszeiten sind zu gewährleisten. Der Aufbruch in die „Digitalen Welten“ ist voranzutreiben, um der erkennbar veränderten Nachfrage Rechnung tragen zu können. Wir streben den Umzug der Adolf-Reichwein-Bibliothek innerhalb des Rathauses Schmargendorf an, da dadurch Kapazitäten effektiver genutzt werden können, Synergieeffekte entstehen und ein barrierefreier Zugang ermöglicht wird.

KOOPERATIVE ANSÄTZE IM KULTURBEREICH AUSBAUEN

Wir streben eine bestmögliche Vernetzung der Kultureinrichtungen im Bezirk mit externen Partnern an.

Bei den Volkshochschulen setzen wir auf zusätzliche Kooperationen mit Unternehmen, beispielsweise bei der beruflichen Bildung, mit dem Ziel der Vermittlung unternehmerischer Praxis.

Die Villa Oppenheim und die Kommunale Galerie Berlin wollen wir stärker als bisher auch für private Nutzungen außerhalb der Öffnungszeiten öffnen und wie andere Museen in Berlin als ‚Event-Location‘ anbieten, um völlig neue Zielgruppen für die Kultureinrichtungen interessieren und begeistern und zusätzliche Einnahmen zu generieren.

VILLA OPPENHEIM UND KOMMUNALE GALERIE BERLIN

Wir wollen die Zukunft dieser Einrichtungen nachhaltig sichern und insbesondere die Kommunale Galerie zur Förderung der Künstler/-innen im Bezirk erhalten und stärken. Mit dem bezirklichen Kulturamt und seinen Standorten verfügen wir über hervorragende Einrichtungen, die Kunstwerke diverser Stile und Epochen zugänglich machen, die bewegte Kunstgeschichte unseres Bezirks sichtbar werden lassen und Nachwuchskünstler/-innen hier vor Ort fördern.

VOLKSHOCHSCHULE

Die bezirkliche Volkshochschule leistet mit ihrem breitgefächerten Angebot einen unverzichtbaren Beitrag zu einer Vielzahl an gesellschaftlichen Aufgaben. Dazu gehört „Lebenslanges Lernen“ ebenso wie die Sprachkurse für Flüchtlinge, Kurse im Bereich der beruflichen Bildung und Gesundheitsangebote. Eine ausreichende personelle Ausstattung ist für die dauerhafte Sicherung des Angebots zwingend notwendig.

ATELIERHÄUSER SICHERN

Einen wichtigen Beitrag zum kreativen Geschehen im Bezirk leisten auch die beiden bezirklichen Atelierhäuser. Deren kulturelle Nutzung wollen wir auf Dauer festschreiben. Auch das private Atelierhaus in der Babelsberger Straße nimmt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein und wird von uns unterstützt.

MUSIKSCHULEN

Wir halten die Sicherung aller drei Standorte der bezirklichen Musikschule für langfristig notwendig. Hier können alle Altersgruppen ihre musischen Fähigkeiten entwickeln und schulen lassen. Die personelle Ausstattung muss nachhaltig verbessert werden, hier sehen wir insbesondere auch das Land in Verantwortung.

GEDENKTAFELN

Wir pflegen die große Tradition und lange Geschichte unseres Bezirks, dies sollte im Stadtbild auch sichtbar gemacht werden. Neben den Gedenktafeln für wichtige Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks wollen wir die Aufstellung bezirklicher Info-Stelen ausweiten, die – zeitgemäß auch in digitaler Form – über geschichtlich Bedeutsames informieren sollen. Zur Finanzierung ist zum Beispiel eine Kooperation mit Anbietern von Stadtmöbeln sinnvoll..

CHARLOTTENBURG- WILMERSDORFER KULTURBIENNALE

Wir sind stolz auf die großartige Kunst- und Kulturdichte, wie sie sonst nur große Städte haben und möchten sie noch mehr sichtbar und spürbar machen. Charlottenburg-Wilmersdorf hat nicht nur ein vielfältiges Angebot bezirklicher Kultur, sondern beherbergt auch eine Vielzahl an großen Berliner Kultureinrichtungen. Unsere Idee ist, in regelmäßigen Abständen im Rahmen einer „Charlottenburg-Wilmersdorfer Kulturbiennale“ für einige Tage ein aufeinander abgestimmtes Programm aller in Bezirk gelegenen Kultureinrichtungen anzubieten und so die ganze Vielfalt der Kultur in unserem Bezirk erlebbar zu machen.

LEUCHTTÜRME STÄRKEN

Mit der Deutschen Oper, der Schaubühne und den Berliner Festspielen beherbergt Charlottenburg-Wilmersdorf drei große Kultureinrichtungen von internationalem Rang. Mit dem Schiller-Theater als einem möglichen zukünftigen Standort der Tanzkunst in Berlin könnte mittelfristig eine weitere hinzukommen. Der Bezirk sollte im Rahmen seiner Möglichkeiten darauf hinwirken, eine bessere Vernetzung dieser Einrichtungen zu erreichen, damit Charlottenburg-Wilmersdorf als starker Kulturstandort noch besser bewusst gemacht werden kann.

THEATERSTANDORT AM KURFÜRSTENDAMM ERHALTEN

Für die CDU Charlottenburg-Wilmersdorf steht der Erhalt des historischen Theaterstandorts am Kurfürstendamm nicht zur Disposition. Der Kurfürstendamm hatte in den vergangenen Jahrzehnten bereits einen erheblichen Verlust an Kulturstandorten zu verkraften, der sich nicht fortsetzen darf, wenn der einzigartige Charakter des Boulevards erhalten bleiben soll.

SPORT

Der Sport ist die natürlichste Form, um Menschen zusammenzuführen, soziale Fähigkeiten zu erlernen und Gesundheitsbewusstsein zu entwickeln. Junge Menschen lernen Fairness und Fairplay, Teamgeist und das Wetteifern um gute Leistungen. Wir alle profitieren darüber hinaus von der kaum zu überschätzenden Integrationskraft des Sports. Die CDU steht deshalb schon seit langem fest an der Seite der Sportvereine im Bezirk, diese Partnerschaft wollen wir weiter ausbauen und in politischer Verantwortung mit Leben füllen.

ZÜGIGE UMSETZUNG DES SPORTANAGEN-SANIERUNGSPROGRAMMS

Die Verdoppelung des Sportanlagenanierungsprogramms von 9 auf 18 Millionen Euro ist ein großer Erfolg der CDU in der aktuellen Koalition. Nun gilt es die Mittel zügig für die schon lange erforderlichen Sanierungsmaßnahmen zu verwenden. Der Bezirk ist angehalten, diese sofort und konsequent anzugehen.

KEINE ZWECKENT-FREMDUNG DER FÜR DEN SPORT EINGESTELLTEN MITTEL

In den vergangenen Jahren fielen die im Bezirkshaushalt eingestellten Mittel für Investitionen in Sportanlagen regelmäßig dem Rotstift zum Opfer, wenn Rot-Grün Finanzlöcher zu stopfen hatte. Der daraus resultierende Sanierungsstau von über 60 Millionen Euro ist das Ergebnis einer verfehlten Prioritätensetzung durch die vom Bezirksbürgermeister verantwortete Finanzverwaltung des Bezirks. Wir fordern, die auf bezirklicher Ebene für den Sport in den Haushalt eingestellten Mittel nicht weiter zweckzuentfremden und ein Konzept für den Abbau des Sanierungsstaus zu entwickeln.

NEUE SPORTHALLEN BAUEN

Die Sportvereine in Charlottenburg-Wilmersdorf verzeichnen einen stetig steigenden Bedarf an Sportangeboten, der wegen der zu geringen Anzahl an verfügbaren Sportflächen nicht befriedigt werden kann. Daher sollte der Neubau von zusätzlichen Sporthallen im Bezirk in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Dem in den Einschulungsuntersuchungen festgestellten motorischen Defiziten bei Kindern kann so entgegengewirkt werden.

UMWANDLUNG VON HARTPLÄTZEN IN KUNSTRASENPLÄTZE DER NEUESTEN GENERATION

Hartplätze sind nicht mehr zeitgemäß und für viele Sportarten auch nicht nutzbar. Die neueste Generation von Kunstrasenplätzen ist kostengünstig, pflegeleicht und langlebig. Außerdem sind Kunstrasenplätze gesünder für die Sporttreibenden und dazu noch vielseitig einsetzbar. Ein zügiger Umbau ist daher geboten.

EHRENAMT IM SPORT STÄRKER WÜRDIGEN

Noch immer ist festzustellen, dass das Ehrenamt im Sport im Vergleich zu anderen Bereichen nicht ausreichend gefördert und gewürdigt wird. Die CDU hat zwar mit Hilfe eines sehr erfolgreichen Teilhabeprogramms Fortschritte erreichen können, beispielsweise bei der Ehrenamtskarte gibt es aber nach wie vor großen Nachholbedarf. Wir fordern, mehr Ehrenamtskarten an engagierte Sportvereinsmitglieder zu vergeben und gleichzeitig die mit der Ehrenamtskarte verbundenen Vorteile stärker auf Angebote im Bereich des Sports auszurichten.

BÜROKRATIE ABBAUEN

Zwar gibt es inzwischen eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten für den organisierten Sport. Diese für sich zu erschließen, stellt die Vereine mit ihren meist ehrenamtlichen Helfern allerdings immer wieder vor große Herausforderungen. Alle Beteiligten sollten auf eine konsequente Entbürokratisierung der Verfahren hinwirken.

ERWEITERUNG DES DACHS DER EISSPORT- HALLE GLOCKENTURM- STRASSE

Aufgrund des weiter hohen Bedarfes an Eissportflächen im Bezirk muss die Außenfläche der Eissporthalle Glockenturmstraße überdacht werden, um einen ganzjährigen Betrieb zu eröffnen. Auch sollte durch weitere Umkleidekabinen eine intensivere Nutzung ermöglicht werden.

ANKAUF VON FLÄCHEN DURCH SPORTVEREINE FÖRDERN

Wir wollen den Ankauf von Flächen zur sportlichen Nutzung durch Vereine aktiv fördern. Dies sichert an den betroffenen Standorten langfristig den Sportbetrieb und schützt die Flächen vor anderweitiger Inanspruchnahme. Auf Rückkaufklauseln zu Gunsten des Landes oder des Bezirks sollte verzichtet werden.

NEUE KONZEPTION UND SANIERUNG DES REITERSTADIONS AUF DEM GELÄNDE DES OLYMPIAPARKS

Das Reiterstadion auf dem Gelände des Olympiaparks bietet eine Vielzahl von Entwicklungsmöglichkeiten. Die CDU spricht sich nachdrücklich für eine Konzeption als regionales Aus- und Weiterbildungszentrum aus. Dies entspricht dem Bedarf des Berliner Reitsports.

SOZIALVERTRÄGLICHE EINTRITTSPREISE IM STRANDBAD HALENSEE

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität des Halensees waren erfolgreich – es darf dort wieder gebadet werden. Alle Beteiligten werden aufgefordert, bei der Neuvergabe bzw. der Verlängerung des Pachtvertrages für das dortige Strandbad darauf zu achten, die Eintrittspreise so zu gestalten, dass alle Bürger in der Umgebung in der Lage sind, die Strandbar auch zu nutzen.

NICHTSCHWIMMER- QUOTE IM BEZIRK SENKEN

Die CDU setzt sich dafür ein, die Nichtschwimmerquote im Bezirk weiter effektiv zu senken. Dafür soll neben dem konsequent aufrecht zu erhaltenden Schulschwimmangebot verstärkt auf die geförderten außerschulischen Angebote hingewiesen werden. Das Angebot kostenloser Ferienschwimmkurse ist mindestens im bestehenden Umfang zu erhalten.

ZWECKENTFREMDETE SPORTHALLEN DEM SPORT WIEDER ZUR VERFÜGUNG STELLEN

Nach den für diesen Sommer zu erwartenden Räumungen der letzten noch zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzten Sporthallen fordern wir von Land und Bezirk, möglichst unbürokratisch eine zügige und vollumfängliche Sanierung zu gewährleisten. Die Flächen müssen dem bezirklichen Sport schnellstmöglich wieder zur Verfügung stehen.

KAPAZITÄTEN-MANAGEMENT OPTIMIEREN

Gerade in Zeiten hoher Nachfrage und geringer Kapazitäten gilt es wirtschaftlich zu handeln. So auch bei der Vergabe von Sportflächen im Bezirk. Das Sportamt wird angehalten, mit Hilfe einer passenden Software die Nutzungszeiten aller bezirklichen Sportflächen zentral zu erfassen und die Vergabe so effizient wie möglich zu steuern. Nichtbelegungszeiten sollen durch die öffentliche Bekanntmachung auf der Website des Sportamtes sowie die Möglichkeit der kurzfristigen Reservierung minimiert werden.

BOLZPLÄTZE

Nach getaner Arbeit, spontan mit Freunden, ein wenig sportliche Betätigung, ohne große Vorbereitung und lange Anfahrtswege, Sport direkt vor der Haustür – dafür stehen die Bolzplätze in unseren Kiezen. Ohne Vorgabe von Nutzungszeiten oder Vereinsbelegung stehen sie jederzeit allen Bürgern zur Verfügung. Unkompliziert und kostengünstig werten sie jeden Kiez auf und bilden soziale Treffpunkte. Die CDU kennt die Bedeutung der Bolzplätze für die Kieze und strebt daher den Bau weiterer Bolzplätze an. Die Pflege der bereits vorhandenen Bolzplätze ist zu verbessern.

